



Die Fraktion von
Bündnis 90 / Die Grünen
im Gemeinderat Donaueschingen

Donaueschingen, den 3. Dezember 2013

Haushaltsrede zur Verabschiedung des Haushalts 2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

„*Wat dem eenen sin Uhl, is den anneren sin Nachtigall*“. Was hat dieses Zitat aus „Till Eulenspiegel“ mit einer Haushaltsrede zu tun? Ganz einfach. Die Diskussion um den Donaueschinger Haushaltsplan 2014 war geprägt von der Entscheidung der französischen Regierung, das 110. Infanterieregiment ab 2014 aus Donaueschingen abzuziehen. Für die Einen war dies eine unerwartete und mit Verbitterung aufgenommene Entscheidung. Für die Anderen – und wir Grüne zählen zu dieser Gruppe – war das trotz der Vielzahl entsprechender Dementis stets eine durchaus mögliche Entwicklung.

Bereits in den neunziger Jahren haben wir uns nach dem Fall der Mauer dafür eingesetzt, die Verkleinerung und Neuausrichtung der Streitkräfte dafür zu nutzen, Donaueschingen als Truppenstandort vollständig aufzulösen und die frei werdende Fläche für Wohn- und Gewerbeansiedlungen auszuweisen. Es kam damals jedoch anders. Vollkommen anders! Der Standort wurde durch die Aufstellung und Stationierung der deutsch-französischen Brigade ausgebaut und durch eine Vielzahl von Investitionen aufgewertet. Nachteilig ist, dass militärpolitische Standortfragen und Investitionsplanungen mittlerweile nicht einmal mehr annähernd die Halbwertszeit von zivilen Entwicklungskonzepten haben. Das, was beim Militär heute noch für viel Geld gebaut, saniert oder instandgesetzt wird, endet vielleicht schon morgen auf der Resterampe der „Bundesanstalt für Immobilienaufgaben“. Diese Entwicklung ist landauf und landab zu beobachten und es gibt deshalb ein durchaus berechtigtes Misstrauen gegenüber solchen Zusicherungen.

Warum erscheint uns das an dieser Stelle so wichtig? Erstens, weil wir generell kein Vertrauen in die eilig gegebenen Standortzusicherungen für das Jägerbataillon 292 haben. Zweitens, weil wir uns ziemlich sicher sind, dass die Sanierung bzw. der Neubau der Standortschiessanlage für voraussichtlich 24 Millionen € auch hier wieder nach dem altbekannten Muster verläuft: Zuerst investiv aus dem Vollen schöpfen und dann den Laden dichtmachen. Und drittens, weil wir unsere kommunalen Planungen zur zukünftigen

gen Nutzung des Kasernenareals sehr gerne auf wirklich verlässliche Randbedingungen abstützen würden.

Der Abzug der französischen Soldaten wird eine grosse Herausforderung werden. Aber er wird nicht das Ende der Entwicklung sein. Aus unserer Sicht müssen alle grundlegenden Überlegungen zur Nutzung des Areals die gesamte Kasernenfläche umfassen. Wir müssen hierzu ein Gesamtkonzept erarbeiten, das eine Konversion in Teilschritten ermöglicht. Finanzielle Mittel von Bund und Land müssen bei diesem Konversionsprozess in wirklich nachhaltige Strukturen angelegt werden, denn es besteht aus unserer Sicht die Gefahr, dass in der anstehenden Übergangsphase Fehlentscheidungen getroffen werden. Die deutsch-französische Freundschaft sehen wir durch die aktuelle Entwicklung im Übrigen nicht gefährdet. Sie soll und kann auf dem Boden der Zivilgesellschaft durch Vertiefung der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen weiter ausgebaut werden. Platz hierfür kann u.a. das frei werdende Kasernenareal bieten.

Ich möchte an dieser Stelle keine detaillierte Betrachtung des Verwaltungshaushaltes vornehmen, da dieser zum Einen keine grossen Spielräume zulässt und zum Anderen von Seiten der Stadtverwaltung und der Ortsteilgremien sehr gut vorbereitet war. Als Ärgernis bleiben jedoch die „inneren Verrechnungen“, die unseres Erachtens bisher in keiner Weise zur notwendigen Transparenz beitragen. Noch mehr Beachtung muss ferner die Arbeitsbelastung der städtischen Mitarbeiter finden. Die anstehenden Projekte werden auch zukünftig alle Abteilungen der Stadt in hohem Grad beschäftigen. Vor diesem Hintergrund werden wir uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass die finanzielle Ausstattung im Bereich Personal ausreicht, um die erforderliche Qualität zu halten und die Überforderung von Mitarbeitern zu vermeiden. Denn die Anforderungen wachsen in allen Bereichen beständig, sei es beim Ausbau der Kleinkindbetreuung, bei der Bewirtschaftung von immer mehr Flächen oder bei der Umsetzung der jetzt vielfach beantragten Konzeptionen. Stets ist ein hohes Mass an Kompetenz und zeitlichem Einsatz erforderlich, was teilweise sogar die Schaffung neuer Stellen erfordert. Da die Stadt bei einem Mangel an qualifizierten Fachkräften immer mehr in Konkurrenz zur Privatwirtschaft steht, müssen Gehalt und Arbeitsbelastung im Einklang stehen.

Bei der kurzfristig angesetzten Neuausrichtung des Haushalts 2014 ist es erfreulicherweise gelungen, die ursprünglich vorgesehenen Projekte bei Kitas, Kindergärten und Schulen unangetastet zu lassen. Nach dem „Grossprojekt Fürstenberggymnasium“ stehen nun die anderen Schulen im Fokus. Leider haben wir - zusammen mit der SPD - bisher keine Bereitschaft in diesem Gremium gefunden, einen „Schularbeitskreis“ zu gründen, der die Zukunft von Real- und Hauptschule in Donaueschingen aus strukturpolitischer, baulicher und pädagogischer Sicht eingehend beleuchten sollte. Es wurde lediglich eine Untersuchung beschlossen, wie ein Neubau der Realschule im Vergleich zu deren Renovierung kostenseitig ausfällt. Diese Fokussierung auf die bauliche Seite der Realschule ist aus unserer Sicht vollkommen ungenügend, da hiermit die dringend erforderliche Diskussion um die Zukunft der Eichendorffschule als Haupt- und Werkrealschule und die Wechselwirkungen mit der Realschule aussen vor bleibt. Notwendige Diskussionen und Entscheidungen in diesem Bereich dürfen nicht weiter ausgesessen werden. Mehr noch: Für uns klingt die Argumentation geradezu zynisch, dass sich die Schülerzahlen an der Eichendorffschule schon wieder erhöhen werden, wenn genügend gescheiterte Kinder aus der Realschule an die Eichendorffschule wechseln müssen.

Eine echte Weiterentwicklung der Schullandschaft wird auf dieser Basis nicht stattfinden können. Nachbargemeinden sind uns hier nicht einen, sondern mindestens drei Schritte voraus. Wir beantragen deshalb, das Schulamt einzuladen, um Überlegungen zur regionalen Schulentwicklungsplanung einschliesslich der Thematik „Gemeinschaftsschule“ im Gemeinderat vorzustellen. Danach wird sich mit Sicherheit eine umfassende Diskussion in einem neu zu gründenden Schularbeitskreis anschliessen.

Aber nicht nur die Schulen brauchen ein Entwicklungskonzept. Wir sehen beispielsweise mit Spannung der Zukunft eines umfassenden Verkehrskonzeptes entgegen. Bereits vor dem Start der Sanierungsarbeiten im Bereich der Stadtkirche hatten wir ein solches Konzept beantragt, um diesen Abschnitt und andere sensible Bereiche zukünftig wirksam vom Verkehr entlasten zu können. Ziel war, dass zunächst die zukünftigen Verkehrsbeziehungen und Verkehrsströme definiert werden sollten. Diese Vorgaben sollten dann auch in die konkrete bauliche Gestaltung für die Sanierung des Residenzbereichs einfließen. Erst auf dieser Basis sollte dann die bauliche Umsetzung durchgeführt werden. Stattdessen haben wir jetzt nach Teilsanierung eine Verkehrsfreigabe und die alten Mobilitätsgewohnheiten können wieder ohne Einschränkung ausgelebt werden. Ironisch könnte man anmerken, dass es eine wahre Freude ist, wie der Verkehr wieder in alter Stärke über das neue Kopfsteinpflaster donnert. Um in diesem Bereich eine erhöhte Aufenthaltsqualität zu erreichen, müssen aus unserer Sicht sofort Massnahmen ergriffen werden. Dies reicht von weitgehenden Fahrverboten für LKW bis zu drastischen Beschränkungen der Fahrgeschwindigkeit. Zudem muss das Verkehrskonzept mit einer Neukonzeption für den Busverkehr verknüpft werden. In diesem Bereich muss aus bekannten Gründen ohnehin nachgesteuert werden. Aber auch aus Gründen des demographischen Wandels brauchen wir einen attraktiven und nutzerfreundlichen Stadtbus.

Ein weiterer Bereich, in dem gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen endlich ein Paradigmenwechsel stattfinden muss, sind die Bereiche Flächenentwicklung, Baulanderschliessung und Wohnbauförderung. Im Zusammenhang mit der Konversion des grossflächigen Kasernengeländes wird es bei der Ausweisung neuer Baugebiete ein „weiter so“ nicht mehr geben können. Dies gilt sowohl für die Kernstadt als auch für die Ortsteile. Angesichts einer rückläufigen Gesamtbevölkerung müssen wir Ansiedlungen auf bereits bestehende Siedlungsflächen konzentrieren, wenn wir zukünftig eine ausgewogene Mischung von Wohnen, Gewerbe und Freizeiteinrichtungen und insgesamt vitale Siedlungsstrukturen erhalten wollen. Ein wichtiger Aspekt ist dabei auch die Umgestaltung der Familienförderung. Wie in unserem Antrag vom 1. Oktober 2013 formuliert, muss die Förderung zukünftig darauf ausgerichtet sein, dass der Kauf von gebrauchten, leerstehenden oder umbaufähigen Wohngebäuden gefördert wird und nicht mehr wie bisher der Kauf von Bauplätzen in Neubaugebieten. Dies wäre auch ein Gewinn für unsere Eigenbetriebe. Die intensivere Nutzung bereits bestehender Infrastruktur zieht geringere Investitionen und günstigere Unterhaltskosten nach sich als die weitere Erschliessung und die dann notwendige Bewirtschaftung neuer Baugebiete. Dies ist uns umso wichtiger, da in der mittelfristigen Finanzplanung die Verschuldung der Eigenbetriebe schon jetzt erkennbar weiter ansteigt.

Als Zukunftsthema ist auch die Energiewende in aller Munde. Deren Notwendigkeit scheint mittlerweile weitgehend unbestritten zu sein. Nur beim Schwur vor Ort werden dann meist deutlich kleinere Brötchen als in unverbindlichen Ankündigungen gebacken.

Diese Feststellung gilt beispielsweise für den Ausbau der Windkraft, wo ein reichhaltiges Windkraftpotential in unserer Region im Rahmen der Bauleitverfahren voraussichtlich auf einen spärlichen Rest eingedampft wird. Zudem gilt in diesem Bereich trotz eng vorgegebenem Zeitrahmen: Schnell zu sein ist noch keine Qualität an sich! Generell könnte und sollte sich der Gemeinderat zukünftig auch Gedanken zur Weiterentwicklung beispielsweise des GVV und des ZVB bis hin zum Thema „Stadtwerke“ machen. Insgesamt liegt in diesen Bereichen nach unserer Einschätzung ein erhebliches Potential bei Zusammenarbeit, Effizienz, verbesserten Dienstleistungen und Beratung.

Beim Thema Zukunftsfähigkeit geht es aber nicht nur um Technik, Management und Kosten. Mit Spannung sehen wir beispielsweise dem Ergebnis der Leader-Bewerbung entgegen. Wir hoffen, dass die Bewerbung zum Erfolg führen wird und damit den Orts-teilen bzw. rührigen Initiativen wertvolle Unterstützung zukommen kann. Gerade die sozialen Strukturen, daraus entstehende Projekte und das damit verbundene ehrenamtliche Engagement sind unverzichtbare Grundlage für eine zukunftsfähige Entwicklung. Ähnlich verhält es sich aus unserer Sicht beim Thema Naturschutz und hierbei - exemplarisch herausgegriffen - beim Thema „Naturschutzgrossojekt Baar“. Dieses Projekt kann im Hinblick auf die Ökologie gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wir erwarten deshalb, dass alle Partner ihre volle Kooperationsbereitschaft einbringen und das Projekt zum Erfolg führen werden. Auch das ist Zukunftsfähigkeit!

Spätestens mit Beginn des kommenden Jahres 2014 wird Donaueschingen wieder ganz unmittelbar mit den Nöten und Sorgen von Menschen konfrontiert, die aufgrund von Kriegen flüchten mussten und bei uns Asyl suchen. Etwa 100 Menschen werden voraussichtlich in Donaueschingen untergebracht. Auch wenn die Versorgung der Flüchtlinge primär Aufgabe des Landkreises ist, wird die Integration dieser Menschen in unsere Gemeinde weitere Bemühungen erfordern. Wir möchten hierfür schon bestehende Erfahrungen aus anderen Kreisgemeinden (z. B. aus St. Georgen) nutzen, um den betroffenen Menschen für die Zeit ihres Aufenthaltes bei uns das Miteinander zu erleichtern, Halt zu geben, Erlebtes zu verarbeiten und auch Zukunftsperspektiven zu entwickeln.

Wir möchten uns bedanken: Bei den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, bei allen Mitarbeitern der Stadt, die ein mehr als arbeitsreiches Jahr hinter sich haben, bei der Verwaltungsspitze mit ihren trotz der hohen Belastung unverändert einsatzfreudigen Amtsleitern und insbesondere bei Bürgermeister Kaiser, der die Vertretungsrolle mehr als nur ausgefüllt hat. 2014 wird die Stadt etwas mehr als in anderen Jahren zuvor im Umbruch sein. Grosse und kleine Veränderungen stehen an. Die Stadt wird einen neuen Oberbürgermeister wählen, auch der neue Gemeinderat steht im Frühjahr zur Wahl. Auf viele andere bauliche, soziale und funktionale Veränderungen habe ich bereits in der Haushaltsrede hingewiesen. Der Haushalt 2014 bietet die Grundlage dafür, dass wir diese Veränderungen erfolgreich gestalten können. Wir stimmen dem Haushaltsplan 2014 zu und wünschen allen Einwohnerinnen und Einwohnern schöne Weihnachten und ein gutes Neues Jahr!

Michael Blaurock
für die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen